

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Nr. 54.

Dresden, Donnerstag den 5. März 1908.

19. Jahrg.

Der Reichsfinanzjämmer.

Im Finanzministerium der Reichsfinanzkommission machte vor einigen Tagen der Finanzminister v. Plaff bemerkenswerte Mitteilungen über die schwebenden Pläne der Reichsfinanzreform...

Auf eine Anfrage des Reichstages Graf Zerrina, ob im Reich die Besteuerung der Erben und Vererben zu Erblichkeitssteuer...

Es ist sehr selten den verbündeten Regierungen feierliche Botschaften an Erben und Vererben zu senden und in dieser Beziehung eine wichtige Aufgabe zu übernehmen...

Wenn der Reichstag weitere indirekte Steuern beizubehalten solle, so werde er sicherlich fordern, daß in irgend einer Form auch das Vermögen herangezogen werde...

Zunehmend bestreite ja auch noch im Reichstage, insbesondere in parlamentarischen Kreisen, keine Geringfügigkeit, eine solche Steuer anzuhängen.

In der Vorbereitung über diese Mitteilungen des Finanzministers wußten einige der hochverdienten bürgerlichen Reichsstände ihre Verantwortung sehr wohl.

Wohlwollend wird man aber doch zur Deckung des Defizits mit anderen indirekten Steuern auskommen können. Ihm lächelt es, als ob das Bier nicht ganz leer ausgehen werde.

Ein anderer der Herren Reichsstände sagte, daß durch eine Aushebung der Reichsberichtssteuer die Abstellung „einfach ruinirt“ werden und so fort.

Ein besonderes Kapitel des Reichsfinanzjämmer bildet die Gehaltserhöhung für die Reichs- und Staatsbeamten. In der Subkommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat der Finanzminister v. Helmreich angekündigt, daß die Beamtenverträge bis zum Herbst, also in den neuen Verband, verschoben werden müsse.

neuen Weltlauf um die Beamtenfrage begonnen. Es regnet konservative, nationalliberale, freisinnige Interventionen. Vielen Beamten, die im Finanzjämmer die volle Schuld tragen, die durch ihren fabelhaften Bemilligungsgeist für andere Zwecke nicht für die Beamten übrig ließen, die außerdem durch ihre Involuntarität die Lebenslage der Beamten...

Dieser ganze Defizit- und Steuerjämmer klingt wie eine Scheldt aus der Türkei, es ist aber leider in Wirklichkeit eine Scheldt aus Preußen-Deutschland, das sich selber für ein Land der mustergültigen Ordnung hält!

Schlimme Zustände in Kamerun.

Handläufer auf Kauffahr. - Drohender Zusammenbruch. - Der Sklavenhandel blüht weiter. - Nationalliberaler „Arbeitszwang“.

Mit der Beratung des Etats für Kamerun begann am Mittwoch die Budgetkommission des Reichstages. Der Reichszuschuß ist auf 2780 139 M. festgelegt, 124 215 M. weniger als im Vorjahre. Die Zustände in Kamerun sind in mancher Beziehung geradezu skandalös. Große Gebiete werden in brutaler Weise durch Händler ausgeraubt und devastiert.

Der Staatssekretär Dernburg konnte nicht in Abrede stellen, daß absolut unhaltbare Zustände in Kamerun bestehen. Die Industrie braucht Kauffahr. Südamerika sei in schlimmer Weise ausgebeutet worden, weil dort ein förmliches Gummihändler herrsche.

Der nationalliberale Dr. Semler will in Kamerun von einer humanen Eingeborenenpolitik nichts wissen. Hamburger Händler haben sich bei ihm beklagt, daß sie in der Freiheit der Ausbeutung der Negers gehindert werden.

Der Staatssekretär kannte die Hamburger Klagen. Man habe ein Dorf geschloßen, das am Rande eines Urwaldes lag, der nur in drei Tagereisen zu durchqueren ist. Alle Karawanen, die dort durchzögen, verproviantierten sich dort mit Gewalt.

Der Staatssekretär kannte die Hamburger Klagen. Man habe ein Dorf geschloßen, das am Rande eines Urwaldes lag, der nur in drei Tagereisen zu durchqueren ist. Alle Karawanen, die dort durchzögen, verproviantierten sich dort mit Gewalt.

Der Staatssekretär kannte die Hamburger Klagen. Man habe ein Dorf geschloßen, das am Rande eines Urwaldes lag, der nur in drei Tagereisen zu durchqueren ist. Alle Karawanen, die dort durchzögen, verproviantierten sich dort mit Gewalt.

Eingeborenen zur Zwangsarbeit zu pressen, die Empörung veranlaßte.

Abg. Dattmann wies unter anderem darauf hin, daß im Norden des Schutzgebietes angeblich noch ein harter Sklavenhandel stattfindet. Der Staatssekretär konnte die Wichtigkeit der Mitteilung nicht in Abrede stellen.

Zur weiteren Verlaufe der Sitzung machte der Staatssekretär Angaben über den umfangreichen Waffenhandel in Kamerun. In 6 Jahren sind über 250 000 Gewehre veräußert worden, zwar zum Teil Bordenader, in den Händen der Negers im Urwald aber doch eine gefährliche Waffe.

Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Fragen des Arbeitszwanges, der Unterdrückung des Sklavenhandels und der Durchführung der geplanten Karawanenordnung. Angeregt wurde, den Karawanen Soldaten beizugeben, die jede Ausbeutung zu verhindern haben.

Zum Schluß der Sitzung unternahm Abg. Paasche einen Vorstoß gegen den Staatssekretär, dem er vorwarf, daß er durch teils unzutreffende, teils übertriebene Behauptungen täuschend für die Kolonialpolitik wirke.

Politische Uebersicht.

Zum Unfall bereit!

Der Blockfreisinn scheint also wirklich bereit, an der politischen Gleichberechtigung der deutschen Polen Genferdienste zu leisten. Der Tag weiß zu melden:

Das Inkrafttreten eines Kompromisses in der Sprachenfrage gilt für die zweite Lesung des Vereinsgesetzes als sicher. Ueber den in erster Lesung von der Reichstagskommission abgelehnten Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes wird ein Kompromiß angetrebt, das auf folgender Grundlage zustande kommen dürfte: Die Freisinnigen erklären sich damit einverstanden, daß die Regelung der Frage der Landesgesetzgebung übertragen wird, und begnügen sich mit der reichsgesetzlichen Festlegung einiger Punkte, an welche die Einzelstaaten gebunden sein sollen, wie Vertretung der Wahlberechtigungen vom Sprachenzwang und dergleichen.

Die Freisinnige Zeitung sagt kein Wort zu dieser Mitteilung und ihr Schweigen bedeutet die Bestätigung. Danach wäre der Freisinn wirklich bereit, das Vereins- und Versammlungsrecht der polnischen Bevölkerung dem preussischen Dreiklassenhaus zu überlassen, demselben Hause, dessen Existenzgrundlage, das Klassenwahlrecht, der Freisinn zu bekämpfen vorgibt.

In dieser Schändlichkeit will sich der Freisinn entschließen, um ein Gesetz zustande zu bringen, gegen dessen lästige Zwangsbestimmungen sich der freiere deutsche Süden verzweigt wehrt!

Den Bundesvermögensverwaltern zu beauftragen, im Bundesrat mit aller Energie dahin zu wirken, daß die in den Herzogtümern Sachsen-Roburg und Gotha durch die Verfassung gewährleistete Vereins- und Versammlungsfreiheit durch das im Reichstage zur Beratung stehende Vereinsgesetz nicht beeinträchtigt werde.

Die freieren Bundesstaaten protestieren. Die Masse der Bevölkerung in Preußen und Sachsen, der das neue Gesetz die Entlastung den Gedanken zurück, sich ein bisheriges Freiheit durch ein dreifaches Maß von Knechtschaft zu erkaufen, das aber andere verhängt werden soll.

Vertical text on the left margin, likely containing publication details or subscription information.

Vertical text on the right margin, likely containing subscription information or contact details.